

F. Angelegenheiten der Invalideitäts- und Altersversicherungsanstalt „Rheinprovinz“.

Dem Vorstande der Versicherungsanstalt gehören zur Zeit folgende beamtete Mitglieder an:

Landeshauptmann Dr. Klein als Vorsitzender,
Landesrath Brandts als stellvertretender Vorsitzender,
Landesassessor Adams,

für welche als Stellvertreter:

Landesassessor Appellius,
Gerichtsassessor Dr. Hilgers,
Gerichtsassessor Dr. Schellmann

bestellt sind.

Es wird schon jetzt hier erwähnt, daß Gerichtsassessor Dr. Hilgers am 15. September 1899 aus dem Dienste ausgeschieden und der Gerichtsassessor Lauß als stellvertretendes Mitglied des Vorstandes der Versicherungsanstalt vom Provinzialausschuß bestellt ist.

G. Angelegenheiten der Rheinischen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft.

Allgemeines und Personalien.

Die laufenden Geschäfte des Genossenschaftsvorstandes wurden wie bisher wahrgenommen von dem Landeshauptmann bezw. von dem mit der besonderen Führung derselben betrauten Landesrathe unter Mitwirkung eines Landesassessors und eines weiteren wissenschaftlichen Hilfsarbeiters (Gerichtsassessors).

In der Zahl der Bureau- und Kanzleikräfte sind Aenderungen nicht eingetreten.

Vertrauensmänner.

Die Zahl der Vertrauensmänner beträgt wie im Vorjahre 1594. Die Thätigkeit derselben ist keine bedeutende; nur ab und zu gelangen überhaupt Mittheilungen seitens einzelner Vertrauensmänner hierher, in welchen gesagt ist, daß bei diesen oder jenen Rentenempfängern die Rente gemindert oder eingestellt werden könne, und wiederholt hat dann noch die nähere Prüfung dieser Mittheilungen ergeben, daß nach Lage der gesetzlichen Bestimmungen die Herabsetzung bezw. Einstellung der gewährten Renten nicht angängig war.

Geschäftsumfang.

Eine Uebersicht über den Umfang der Geschäfte der Berufsgenossenschaft während der Zeit ihres Bestehens — nach Jahrgängen getrennt — ergiebt die Anlage I.

Anlage I.
S. 103–105.

Landwirthschaftliche Haupt- und Nebenbetriebe.

Der Jahresbetrag der von den landwirthschaftlichen Hauptbetrieben zu entrichtenden Grundsteuer ist auf 4 620 785 M. 07 Pf. und somit gegen das Vorjahr wiederum um 1341 M. 83 Pf. geringer angegeben worden. Diese Verminderung ist einestheils darauf zurückzuführen, daß infolge vorgenommener Nachprüfungen der Unternehmerlisten Berichtigungen erfolgten, anderntheils ist sie dadurch entstanden, daß Bodenflächen den Kulturzwecken entzogen worden sind. Dagegen ist der Betrag der fingirten Grundsteuer infolge Hinzutretens von neuen Betrieben im Berichtsjahre von 27 930 M. 82 Pf. des Vorjahres auf 27 942 M. 55 Pf. gestiegen.

Angemeldete und entschädigte Unfälle.

Während des Berichtsjahres wurden 6611 neue Unfälle angemeldet, ohne daß indessen in sämmtlichen Fällen der Erlaß eines Feststellungsbescheides, durch welchen das Vorhandensein eines entschädigungspflichtigen Betriebsunfalles anerkannt oder abgelehnt wurde, erforderlich war, weil entweder eine Erwerbsunfähigkeit über die 13. Woche hinaus nicht eintrat, oder aber die Betroffenen wegen offensibaren Nichtvorliegens eines zu entschädigenden Betriebsunfalles mittelst einfacher Bescheidung zurückgewiesen werden konnten.

Von den neu angemeldeten Fällen, einschließlich der aus den Vorjahren unerledigt übernommenen, wurden 4298 durch erstmalige Feststellungsbescheide entschieden; der Rest, abgesehen von den Fällen, welche eine Erwerbsunfähigkeit nach Ablauf der ersten 13 Wochen nicht bedingten, ging, weil die Unfall-Untersuchungsverhandlungen noch nicht spruchreif waren, zur Entscheidung in das Jahr 1899 über.

Anlage II.
S. 106 u. 107.

Aus der Anlage II. ergibt sich die Vertheilung der erstmalig entschiedenen Fälle auf die einzelnen Sektionen der Genossenschaft und die Ergebnisse der Entscheidungen.

Von den 4298 entschiedenen Fällen gelangten zur Entschädigung 3043. Dieselben vertheilen sich nach Alter und Geschlecht auf

a. männlich Erwachsene	2088
b. weiblich "	844
c. männlich Jugendliche (unter 16 Jahren)	96
d. weiblich " " " "	15
zusammen 3043.	

Bei 171 Fällen handelt es sich um tödtliche Verlegungen, bei 45 um dauernd völlige, bei 1912 um dauernd theilweise Erwerbsunfähigkeit, endlich bei 915 um vorübergehende Erwerbsunfähigkeit; es wurden hierbei Entschädigungen bewilligt an 246 Hinterbliebene Getödteter, und zwar 88 Wittven, 155 Kinder und 3 Ascendenten.

Aus den Vorjahren wurden Entschädigungen übernommen für 8 959 Fälle,
hierzu die im Berichtsjahr neu entschädigten 3 043 "

so daß im Ganzen Entschädigungen gezahlt wurden für 12 002 Fälle.

Diese Entschädigungen vertheilen sich auf

a. Verletzte	11 135
b. Wittven	608
c. Kinder	964
d. Ascendenten	11

zusammen 12 718 Personen.

Rentenänderungen.

Außer den oben bezeichneten erstmaligen Renten-Feststellungsbescheiden wurden Renten-Änderungsbescheide erlassen:

a. von Sektionsvorständen	1169
b. vom Genossenschaftsvorstande	2144
	zusammen 3313.

Dazu die seitens des Genossenschaftsvorstandes erlassenen berufungsfähigen Auf- forderungen zum Eintritt in ein Krankenhaus, Abfindungen und Sonstiges	409
	im Ganzen daher 3722.

Diese Fälle vertheilen sich auf:

a. Minderungen	1958
b. Erhöhungen	75
c. Einstellungen	1280
d. Krankenhausaufforderungen, Abfindungen und Sonstiges	409
	im Ganzen 3722.

Schiedsgerichte.

Im Berichtsjahre waren einschließlich der unerledigt gebliebenen Fälle des Vorjahres anhängig 2002 Berufungen.

Durch Entscheidung der Schiedsgerichte wurden zurückgewiesen	870
für begründet erklärt	504
auf andere Art erledigt	244

im Ganzen daher 1618 Berufungen

entschieden. Am Jahreschlusse schwebten noch 384 Berufungen.

Rekurse.

Beim Reichs-Versicherungsamte waren einschließlich der aus den Vorjahren unerledigt gebliebenen Fälle 503 Rekurse anhängig.

Bei den neu anhängig gewordenen Rekursfällen war der Rekurs eingelegt:

a. von Verletzten in	161 Fällen
b. von der Genossenschaft in	181 „

zusammen in 342 Fällen.

In 7 dieser Fälle war von beiden Theilen der Rekurs angemeldet. Seitens des Reichs-Versicherungsamtes erfolgte die Zurückweisung des Rekurses in 159 Fällen der Einlegung durch den Verletzten, in 63 Fällen der Einlegung durch die Genossenschaft, zusammen in 222 Fällen.

Die Annahme des Rekurses erfolgte in 36 Fällen der Einlegung durch die Verletzten, in 83 Fällen der Einlegung durch die Genossenschaft, im Ganzen in 119 Fällen. Auf andere Art wurden erledigt 28 Fälle. Zusammen wurden daher 369 Fälle erledigt. In das folgende Jahr wurden noch übernommen 134 Fälle.

Entschädigungsbeträge.

An Entschädigungen wurden gezahlt:

1. Kosten des Heilverfahrens (ausschließlich der Kosten der ersten 13 Wochen)	68 362 M. 79 Pf.
2. Renten an Verletzte	891 557 " 71 "
3. Beerdigungskosten	5 933 " 68 "
4. Renten an Wittwen Getödteter	52 884 " 33 "
5. Abfindungen an wiederverheirathete Wittwen	2 033 " 10 "
6. Renten an Kinder Getödteter	59 943 " 64 "
7. Renten an Ascendenten Getödteter	1 609 " 54 "
8. Renten an Angehörige der in Krankenhäusern untergebrachten Verletzten:	
a. an Frauen	1 757 " 97 "
b. an Kinder	2 503 " 91 "
9. Renten an Ascendenten der in Krankenhäusern untergebrachten Verletzten	106 " 45 "
10. Kur- und Pflegekosten an Krankenhäuser (ausschließlich der Kosten der ersten 13 Wochen)	49 391 " 60 "
11. Abfindungen an Ausländer	961 " 20 "
insgesammt	<u>1 137 045 M. 92 Pf.</u>

Bestrafungen.

Vom Genossenschaftsvorstande sind auf Grund des § 124 des landwirthschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes gegen 221 Betriebsunternehmer bzw. sonstige Verpflichtete wegen Unterlassung oder Verspätung der Anmeldung der in ihren Betrieben vorgekommenen Unfälle Geldstrafen im Einzelfalle von 2—20 M. verhängt und im Gesamtbetrage von 1064 M. vereinnahmt worden.

Regressansprüche.

Auf Grund der §§ 117 bzw. 119 des Gesetzes wurden im Berichtsjahre in 18 Fällen die gemachten Aufwendungen der Berufsgenossenschaft mit zusammen 3183 M. 37 Pf. erstattet.

Vertheilung der Lasten auf Sektionen und Genossenschaft.

Von dem Betrage der gezahlten Entschädigungen entfiel die Hälfte mit 568 522 M. 96 Pf. auf die Genossenschaft, während die andere Hälfte von den Sektionen zu tragen war.

Der Genossenschaft fielen ferner zur Last:

1. Die gesammten Kosten der Unfalluntersuchung und der Feststellung der Entschädigungen	70 112 M. 41 Pf.
2. Die gesammten Schiedsgerichtskosten	34 857 " 64 "
3. Kosten der Fürsorge für Verletzte innerhalb der ersten 13 Wochen	10 900 " 14 "
zu übertragen	<u>115 870 M. 19 Pf.</u>

Uebertrag 115 870 M. 19 Pf.

4. Die eigenen Verwaltungskosten:

a. die Reisekosten der Mitglieder des Genossenschaftsvorstandes	78	„	20	„
b. Gehälter und Reisekosten der Beamten	67 572	„	36	„
c. Lokalmiethen, Kosten für Heizung, Beleuchtung, Reinigung, Wasserzins, Feuerversicherung u. s. w.	4 498	„	—	„
d. Schreibmaterialien, Druckfachen, Formulare, Aktenheften, Buchbinderarbeiten, Kanzleigeühren, Inventar und Bibliothek	6 238	„	41	„
e. Postkosten und Frachtgebühren	6 244	„	08	„
f. Bekanntmachungskosten	27	„	93	„
g. Umlagehebegebühren	33 470	„	84	„
h. Sonstiges (einschl. 4000 M. Entschädigung an die Landesbank für Wahrnehmung der Kassengeschäfte in den Jahren 1897 und 1898)	5 374	„	20	„
	insgesamt	239 374	M.	21 Pf.
Dazu 50% der Entschädigungsbeträge	568 522	„	96	„
Summe der Genossenschaftsausgaben	807 897	M.	17	Pf.

Die Verwaltungskosten der Sektionen setzen sich zusammen, wie folgt:

a. Reisekosten und Tagelöhner der Sektionsvorstände . . .	184	M.	99	Pf.
b. Reisekosten der Vertrauensmänner	7 120	„	99	„
c. Desgleichen der Beamten	85	„	60	„
d. Gehälter derselben	24 707	„	07	„
e. Lokalmiethen, Heizung und Beleuchtung	637	„	—	„
f. Schreibgegenstände, Druckkosten, Formulare	1 908	„	42	„
g. Postkosten, Botenlöhne	4 476	„	05	„
h. Bekanntmachungskosten	76	„	15	„
	zusammen	39 196	M.	27 Pf.
Dazu 50% der Entschädigungsbeträge	568 522	„	96	„
Sektionskosten insgesamt	607 719	M.	23	Pf.
Die Gesamt-Ausgabe der Genossenschaft betrug	807 897	„	17	„
Summe	1 415 616	M.	40	Pf.

Umlage.

Zur Deckung dieser Ausgaben wurden zunächst diejenigen der Sektionen von den letzteren in ihrer vollen Höhe wieder eingezogen, und ferner zur Deckung der Genossenschaftsausgaben gemäß Beschluß des Genossenschaftsvorstandes ein Betrag von 18 Pfennig auf jede Mark der Gesamtgrundsteuer erhoben. Letztere setzt sich zusammen aus:

a. Staatsgrundsteuer	4 620 785	M.	07	Pf.
b. fingirter Grundsteuer	27 942	„	55	„
Summe	4 648 727	M.	62	Pf.

Die erhobenen Gesamtumlagen bezifferten sich abzüglich der Umlageausfälle, jedoch einschließlich der Hebegebühren auf 1 447 350 M. 70 Pf.

Dazu kommen noch:

a. Straf gelder	1 064	"	—	"
b. Erstattung im Regreßwege (§§ 117/119 des Reichsgesetzes)	3 183	"	37	"
c. Sonstiges	304	"	89	"
d. der im Vorjahre mehr erhobene Umlagebetrag	132 867	"	87	"
e. Zinsen	258	"	92	"

Mithin eine Gesamt-Einnahme von 1 585 029 M. 75 Pf.

Die Gesamt-Ausgabe betrug (siehe oben) 1 415 616 " 40 "

Es verblieb somit ein Bestand von 169 413 M. 35 Pf., welcher zunächst als Betriebskapital für das Geschäftsjahr 1899 zu dienen hat.

Abkommen mit der Ärztekammer.

Wie in dem Berichte für 1897 bereits mitgetheilt, ist das mit der Ärztekammer der Rheinprovinz und der Hohenzollern'schen Lande getroffene Abkommen mit Beginn des Berichtsjahres dahin erweitert worden, daß den Bezirksärzten alle von den behandelnden Ärzten ausgestellten Fundberichte — mit Ausnahme derjenigen, aus welchen sich klar ergibt, daß die Vorlage zwecklos ist, weil z. B. der Verletzte bereits gestorben ist — zur Durchsicht vorgelegt werden.

Die bisher gemachten Erfahrungen lassen erkennen, daß die an diese Maßregel geknüpften Erwartungen eingetreten sind und die Genossenschaftsorgane in jedem einzelnen Falle die Ueberzeugung haben können, daß der Zustand des Verletzten vor und nach dem Unfalle klar und erschöpfend festgelegt ist und keine zur Einleitung eines geordneten Heilverfahrens und Hebung der Erwerbsfähigkeit erforderlichen Maßnahmen verabsäumt werden.

Sonstiges.

Auf die seitens der Sektionen Rees, Cleve und Moers gestellten Anträge auf Ausscheiden aus dem Verbands der Berufsgenossenschaft mit der Begründung, daß sie von der Beitragsleistung der Genossenschaft unverhältnißmäßig stark belastet würden, fand am 28. September 1898 eine besondere Berathung seitens des Genossenschaftsvorstandes statt. Das Protokoll hierüber ergibt die Anlage III.

Anlage III.
S. 107—109.

Uebersicht

über

den Geschäftsumfang der Rheinischen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft während der Zeit ihres Bestehens vom 1. April 1888 bis 31. Dezember 1898.

Jahr	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1888	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1889	105	105	105	105	105	105	105	105	105	105	105	105
1890	110	110	110	110	110	110	110	110	110	110	110	110
1891	115	115	115	115	115	115	115	115	115	115	115	115
1892	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120
1893	125	125	125	125	125	125	125	125	125	125	125	125
1894	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130
1895	135	135	135	135	135	135	135	135	135	135	135	135
1896	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140	140
1897	145	145	145	145	145	145	145	145	145	145	145	145
1898	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150

Die Zahlen sind in Mark angegeben.
 Die Zahlen sind in Mark angegeben.
 Die Zahlen sind in Mark angegeben.

Geschäftsjahr	Anzahl der Eingänge	Anzahl der			Es sind eingelegt:		Schiedsgerichtskosten		Unfall-Unterstützungskosten		Verwaltungskosten der Genossenschaft als solche		Verwaltungskosten der Sektionen	
		angemeldeten Unfälle	entschiedenen Unfälle	Rentenänderungsbescheide (Rinderungen, Erhöhungen, Einstellungen u. s. w.)	Berufungen	Reklame	8	9	10	11				
1888	2 235	245	81	—	7	3	514	03	564	55	10 839	70	11 925	63
1889	4 819	750	399	111	62	13	2 262	39	3 550	67	12 170	24	16 514	92
1890	6 911	1 147	659	149	130	16	4 189	84	7 365	46	17 409	99	17 994	83
1891	10 823	1 533	1 033	465	252	74	7 865	30	12 671	38	26 036	89	20 004	34
1892	12 854	1 995	1 447	810	359	135	8 580	29	20 847	43	29 692	21	24 822	90
1893	16 535	3 390	1 886	1 285	642	150	11 873	72	25 677	46	37 712	33	26 488	06
1894	21 771	3 492	2 531	1 785	960	228	16 714	24	33 526	21	48 171	50	28 391	85
1895	27 059	5 021	3 404	2 218	1 083	269	25 857	64	44 565	06	60 224	08	31 797	50
1896	32 704	5 561	4 012	2 955	1 557	372	37 227	69	57 135	13	67 328	08	34 373	56
1897	34 213	6 286	3 949	3 627	1 752	393	37 448	57	59 692	11	86 024	44	37 264	89
1898	37 321	6 611	4 298	3 722	1 571	342	34 857	64	70 112	41	90 033*)	18	39 196	27

*) Ausgeschlossen sind hier:

- a) Kosten während der ersten 13 Wochen,
b) 4% Hebegebühren.

Summe der Genossenschafts- und Sektions-Verwaltungskosten	Gesamtwertungskosten einschließlich der Schiedsgerichts- und Unfall-Unterstützungskosten (Sp. 8, 9 u. 12)	Entschädigungsbeträge (Renten, Kosten des Heilverfahrens, Beerdigungskosten)	Zahl der verletzten Personen, für welche Entschädigungen gezahlt wurden	Ermittelte Staatsgrundsteuer einschließlich eingetragener Grundsteuer für landwirtschaftliche Nebenbetriebe	Zur Deckung der Genossenschaftskosten Umlage auf die Kart Grundsteuer	Es wurden im Ganzen aufgebracht zur Deckung der Genossenschaftskosten und Sektionskosten ausschließlich 4% Hebegebühren		Sonstige Einnahmen der Genossenschaft							
						18	19	a. Erstattungen aus Regress	b. Zinsen, Strafen und Sonstiges						
22 765	32	23 843	90	3 557	—	66	4 515	690	46	1	55 791	34	—	—	—
28 685	16	34 497	92	47 472	12	392	4 591	150	59	1	81 426	86	—	—	23
35 404	82	46 960	12	112 503	09	875	4 593	257	98	2	156 957	18	—	—	13 55
46 041	23	66 577	91	211 889	74	1 602	4 573	584	19	4	301 437	50	608	11	47 23
54 515	11	83 942	83	319 503	51	2 605	4 617	854	84	5	405 664	85	1 171	14	241 85
64 200	39	101 751	57	455 305	06	3 850	4 632	736	83	7	565 207	07	1 260	32	505 95
76 563	35	126 802	80	612 841	12	5 286	4 628	642	38	9	733 624	53	1 357	35	692 70
92 021	58	162 444	28	765 831	35	7 152	4 652	986	44	12	949 617	31	2 489	32	3 101 45
101 701	64	196 064	46	938 122	86	8 749	4 665	581	36	14	1 137 721	34	2 232	48	4 322 45
123 289	33	220 430	01	1 039 671	35	10 782	4 650	057	72	17	1 307 403	35	8 447	72	3 340 16
129 229	45	234 199	50	1 137 045	92	12 002	4 648	727	62	18	1 413 879	86	3 183	37	1 627 81

Anlage II.

Uebersicht der entschiedenen Fälle im Geschäftsjahr 1898.

Nr.	Sektion	Durch erstmalige Entscheidung des				Nr.	Sektion	Durch erstmalige Entscheidung des			
		Sektions-		Genossen-				Sektions-		Genossen-	
		abge-	aner-	abge-	aner-			abge-	aner-	abge-	aner-
		lehnt	kannt	lehnt	kannt			lehnt	kannt	lehnt	kannt
1	Barmen	2	—	1	1		Uebertrag	146	298	152	390
2	Düsseldorf Stadt	—	—	5	3	34	Siegkreis	12	48	29	24
3	" Land	7	5	8	11	35	Waldbroel	11	6	6	18
4	Duisburg	1	—	—	1	36	Wipperfürth	5	4	12	17
5	Elberfeld	—	—	—	—	37	Aachen Stadt	—	—	1	1
6	Essen Stadt	—	1	4	—	38	" Land	8	16	4	11
7	" Land	1	4	—	6	39	Düren	17	35	14	30
8	Gelbern	4	42	2	7	40	Erfelenz	14	31	4	16
9	M.-Gladbach Stadt	—	1	1	2	41	Eupen	—	—	—	1
10	" Land	7	8	2	15	42	Geisefkirchen	3	13	5	33
11	Grevenbroich	1	21	1	8	43	Heinsberg	10	22	16	37
12	Kempen	8	52	3	20	44	Jülich	6	18	6	17
13	Cleve	—	1	1	4	45	Malmedy	8	13	16	6
14	Krefeld Stadt	—	—	—	—	46	Montjoie	2	2	3	5
15	" Land	1	8	3	9	47	Schleiden	8	23	18	40
16	Lennepe	2	4	6	16	48	Berncastel	5	19	29	73
17	Mettmann	—	9	3	8	49	Bitburg	20	6	18	50
18	Moers	7	4	5	42	50	Daun	25	34	19	35
19	Mülheim a. d. Ruhr	2	1	—	3	51	Merzig	5	9	35	31
20	Neuß	9	23	3	12	52	Ottweiler	14	34	9	12
21	Rees	—	21	8	10	53	Prüm	21	53	19	18
22	Remscheid	—	—	—	1	54	Saarbrücken	1	—	18	25
23	Ruhrort	1	5	2	14	55	Saarburg	13	8	22	60
24	Solingen Land	7	8	6	21	56	Saarlouis	50	52	9	45
25	Bergheim	1	4	7	13	57	Trier Stadt	—	—	—	1
26	Bonn Stadt	—	—	1	1	58	" Land	19	45	42	113
27	" Land	3	8	19	39	59	St. Wendel	16	1	29	53
28	Guskirchen	44	15	6	37	60	Wittlich	21	23	12	27
29	Gummersbach	9	6	16	8	61	Adenau	28	17	4	22
30	Köln Stadt	—	—	10	21	62	Ahrweiler	—	8	3	16
31	" Land	2	4	20	31	63	Altenkirchen	44	24	28	37
32	Mülheim a. Rhein	13	36	4	13	64	Coblenz Stadt	—	1	1	—
33	Rheinbach	14	7	5	13	65	" Land	8	25	4	7
	zu übertragen	146	298	152	390		zu übertragen	540	888	587	1271

Nr.	Sektion	Durch erstmalige Entscheidung des				Nr.	Sektion	Durch erstmalige Entscheidung des			
		Sektions-		Genossenschafts-				Sektions-		Genossenschafts-	
		Vorstandes						Vorstandes			
		abge-	aner-	abge-	aner-			abge-	aner-	abge-	aner-
		lehnt	kannt	lehnt	kannt			lehnt	kannt	lehnt	kannt
	Uebertrag	540	888	587	1271		Uebertrag	659	1073	730	1583
66	Cochem	10	7	21	39	75	Sigmaringen . .	6	21	2	13
67	Kreuznach	20	65	15	45	76	Gammertingen . .	10	17	4	10
68	Mayen	16	19	12	19	77	Hechingen	8	40	8	7
69	Weijenheim	—	5	1	9	78	Haigerloch	11	13	6	8
70	Neuwied	19	45	11	22	79	Birkenfeld	12	28	13	14
71	Simmern	17	8	21	49	80	Solingen Stadt . .	—	1	—	1
72	St. Goar	25	6	12	36		Summe	706	1193	763	1636
73	Weglar	11	26	25	53			1899		2399	
74	Zell	1	4	25	40						
	zu übertragen	659	1073	730	1583					4298	

Anlage III.

Protokoll

über die Sitzung des Vorstandes der Rheinischen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft zu Düsseldorf

am 28. September 1898.

Zugegen waren die Herren:

1. Königlicher Landrath a. D. Janßen, Vorsitzender des Genossenschaftsvorstandes,
2. Landeshauptmann der Rheinprovinz, Geheimer Ober-Regierungsrath Dr. Klein,
3. Königlicher Kammerherr und Landrath Graf Weißel von Gymnich,
4. Oberbürgermeister Becker,
5. Kreisdeputirter und Fabrikant Eduard Nels,
6. Gutsbesitzer Jakob Desfrée,
7. Beigeordneter Dieke,
8. Gutsbesitzer Ferdinand Lieven,
9. Königlicher Kammerherr, Major a. D. und Rittergutsbesitzer Freiherr von Wenge-Wulffen,
10. Direktor Pfarrnus als Vertreter des Reichs-Versicherungsamts,

Mitglieder
des Genossenschafts-
vorstandes,

- | | |
|--|---|
| 11. Regierungsassessor Butsch | als Vertreter der Königlichen Regierung zu Düsseldorf, |
| 12. " Scholz | " " " " " " " Köln, |
| 13. " Rademacher | " " " " " " " Coblenz, |
| 14. " Wagener | " " " " " " " Trier, |
| 15. Königlicher Landrath Graf von Spee zu Wesel | als Vorsitzender des Sektionsvorstandes des Kreises Rees, |
| 16. Königlicher Landrath, Geheimer Regierungsrath Eich | als Vorsitzender des Sektionsvorstandes zu Cleve, |
| 17. Königlicher Landrath von Laer | als Vorsitzender des Sektionsvorstandes zu Moers, |
| 18. Gutzbefitzer und Bürgermeister Dick, | } Vertreter aus der
Genossenschaftsversammlung, |
| 19. Stadtverordneter Pauli, | |
| 20. Gutzbefitzer Jakob Caspers, | |
| 21. Gutzbefitzer Wilhelm Lensing, | |
| 22. Landesrath Schmidt, | } Oberbeamte
der Berufsgenossenschaft, |
| 23. Landesassessor Dr. Heuser, | |
| 24. Gerichtsassessor Westermann | |
| und endlich | |
| 25. Sekretär Hammers | zur Führung des Protokolls. |

Düsseldorf, den 28. September 1898.

Gemäß Beschlusses des Genossenschaftsvorstandes vom 9. August 1898 versammelten sich heute Vormittag 10 Uhr die vorausgeführten Herren im SitzungsSaale des Dienstgebäudes der Versicherungsanstalt „Rheinprovinz“ zur Berathung über die von Seiten der Sektionen Rees, Cleve, Moers gestellten Anträge auf Ausscheiden aus dem Verbande der Rheinischen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft, bezw. über die aus Anlaß dieser Anträge von verschiedenen Seiten gemachten Vorschläge zur Minderung und gerechteren Vertheilung der Unfallkosten.

Nachdem der Vorsitzende die Versammelten, insbesondere den Herrn Vertreter des Reichs-Versicherungsamts und die Herren Vertreter der Königlichen Regierungen zu Düsseldorf, Köln, Coblenz und Trier begrüßt hatte, wurde an Hand der den Herren Theilnehmern vorliegenden Drucksachen I. bis IX. in die Berathung eingetreten.

An derselben beteiligten sich außer dem Referenten, Herrn Landesrath Schmidt, besonders die Herren Direktor Pfarrius, Landeshauptmann Dr. Klein, Oberbürgermeister Becker, Graf Weiffel von Gynnich, Gutzbefitzer Lieven, Landrath Geheimer Regierungsrath Eich, Landrath von Laer, Landrath Graf von Spee und Stadtverordneter Pauli.

Zunächst war man einstimmig der Ansicht, daß an dem zur Zeit bestehenden Umlageverfahren nach Maßgabe der Staatsgrundsteuer grundsätzlich festzuhalten, und daß insbesondere von dem im § 33 Absatz 2 vorgesehenen Umlageverfahren nach dem Maße der in den Betrieben durchschnittlich erforderlichen menschlichen Arbeit wegen der damit verbundenen unverhältnißmäßigen Kosten und Mühevaltung abzusehen sei.

Die Versammlung gab hierauf ihrer Meinung dahin Ausdruck,

1. daß zur Beseitigung bzw. Abschwächung der von den Sektionen Rees, Cleve und Moers geklagten und auch bei anderen Sektionen anzuerkennenden Ungleichheiten in der Beitragsleistung ein auf den verschiedenen Bodenbewirthschaftsarten (Weide, Acker, Wald, Weinbau) aufzubauender Gehrentarif zu entwerfen und der nächsten Genossenschaftsversammlung zur Annahme vorzulegen sei,
2. daß zur Herabminderung der Genossenschaftsklasten im Allgemeinen, abgesehen von dem anzustrebenden Wegfall der Unfallrenten bis zu 20 %, in Erwägung zu ziehen sei:
 - a. die Herabsetzung der Grenze für die Versicherungspflicht der Betriebsunternehmer auf ein Jahresarbeitsverdienst von etwa 1200 Mark,
 - b. eine stärkere Heranziehung der Nebenbetriebe dahin, daß dieselben die von ihnen verursachten Kosten im Wesentlichen selbst tragen,
3. daß ferner eine Aenderung des § 40 des landwirthschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes nach der Richtung hin anzustreben sei, daß den Sektionen, in deren Bezirk die Unfälle eingetreten sind, die Entschädigungsbeiträge für dieselben bis zu 75 % zur Last gelegt werden können, oder aber, daß eine Höchstgrenze, und zwar ein Mehrfaches von den durch die einzelnen Sektionen in Wirklichkeit verursachten Kosten für die Beitragsleistung vorgesehen werde,
4. daß aber dem Antrage der genannten Sektionen auf Ausschneiden aus dem Verbande der Rheinischen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft nicht zugestimmt werden könne.

Zur Durchführung der vorstehend zu 1 und 2 gefaßten Beschlüsse wurde eine Kommission, bestehend aus

- a. den Mitgliedern der Unfallversicherungskommission,
 - b. den Herren:
 1. Königlicher Landrath, Geheimer Regierungsrath Eich zu Cleve,
 2. Stadtverordneter Pauli zu Köln und
 3. Gutsbesitzer Jakob Caspers zu Bubenheim
- ernannt.

Endlich erklärten sich die Herren Vorsitzenden der Sektionsvorstände der Kreise Rees Cleve und Moers einverstanden, daß die Genossenschaftsversammlung erst nach Abschluß der durch die Beschlüsse dieser Konferenz erforderlichen Vorarbeiten, spätestens im Frühjahr kommenden Jahres stattfindet.

Hiernach schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Tanßen.

Graf Weiffel.

Dieze.